



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Gerechterer und größerer Handlungsspielraum für Bayern in den EU-Regionalleitlinien ab 2022

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die EU-Kommission in ihrem im Juli vorgelegten Entwurf für die Leitlinien der Regionalförderung ab 2022 die Situation Bayerns nur unzureichend berücksichtigt. Vor allem in den Grenzregionen zur Tschechischen Republik kann der jetzige Entwurf Verwerfungen auslösen, die vermeidbar sind.

Der Landtag vertritt folgende Positionen gegenüber der EU-Kommission und fordert die Staatsregierung dazu auf, sich in Brüssel und Berlin dafür einzusetzen:

- Der Deutschland zustehende Gebietsplafond für Regionalfördergebiete soll deutlich erhöht werden, um die erforderlichen regionalpolitischen Handlungsspielräume für aktuelle Herausforderungen zu schaffen (v. a. gleichwertige Lebensverhältnisse, Corona-Pandemie).
- Die Größe des Fördergebietsplafonds eines Mitgliedstaats für nichtprädefinierte C-Fördergebiete soll sich an der Bekämpfung innerstaatlicher Unterschiede ausrichten und nicht lediglich eine „Restgröße“ bei der Fördergebietsaufteilung sein.
- Der Bevölkerungsanteil für nicht prädefinierten C-Fördergebiete soll konsequent auf innerstaatlichen Unterschieden basieren. Vergleiche mit dem EU-Durchschnitt sind hinsichtlich innerstaatlicher Disparitäten nicht relevant.
- Die Brexit-Effekte müssen bei der Zuteilung des C-Fördergebietsplafonds gerechter kompensiert werden.
- Um übermäßige Förderverzerrungen in benachbarten Regionen grundsätzlich zu vermeiden, sollen Fördermöglichkeiten für Regionen geschaffen werden, die direkt an A- oder prädefinierte C-Fördergebiete anderer Mitgliedstaaten angrenzen. Eine Anrechnung auf den nationalen Gebietsplafond soll unterbleiben.

Begründung:

Die Corona-Pandemie stellt alle Mitgliedstaaten und Regionen der Europäischen Union vor gewaltige Herausforderungen. Für die strukturelle und nachhaltige Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen, aber auch für die anstehenden tiefgreifenden Transformationsprozesse kommt der Regionalförderung eine zentrale Rolle zu. Es ist die Regionalförderung, die in strukturschwächeren Regionen Unternehmen bei ihren Investitionen unterstützt und so zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse beiträgt. Dafür muss

den Mitgliedstaaten und Regionen der erforderliche beihilfenrechtliche Handlungsspielraum zustehen. Dies ist Voraussetzung, um den Zusammenhalt in den Regionen, in den Mitgliedstaaten und in der EU insgesamt zu stärken.

In Bayern stehen insbesondere die Grenzregionen zur Tschechischen Republik im Fokus. Hier konkurrieren unsere strukturschwächsten Gebiete unmittelbar mit angrenzenden Höchstfördergebieten bzw. prädefinierten C-Gebieten. Durch eine zu steile Förderterasse würden diese bayerischen Regionen unverhältnismäßigen Verzerrungen bei den Standortbedingungen ausgesetzt. Die Erfolge im wirtschaftlichen Aufholprozess dieser Regionen dürfen nicht durch solche beihilferechtlichen Regelungen verspielt werden. Die von der Kommission vorgeschlagene deutliche Erhöhung der Fördersätze für die Höchstfördergebiete auf tschechischer Seite verschärft dieses Problem weiter.

Bereits in der laufenden Förderperiode wurden die Deutschland zugestandenen Regionalfördergebiete stark reduziert. Ein weiterer Einschnitt würde den strukturschwächeren Regionen in Deutschland wirtschaftlich schaden.

Im vorgelegten Entwurf der ab 2022 geltenden Regionalleitlinien vom Juli 2020 hat die EU-Kommission die bisherige Berechnungsmethode jedoch beibehalten. Dabei führt schon ein statistischer Effekt des Brexit, d.h. ohne dass sich die Strukturschwäche der deutschen Regionen verringert hätte, zu einem signifikanten Rückgang des deutschen Fördergebietsplafonds. Im Ergebnis sieht der Entwurf der neuen Regionalleitlinien für Deutschland einen drastischen Einbruch des Fördergebietsplafonds für die Ausweisung von C-Fördergebieten um deutlich über ein Drittel von aktuell 25,85 Prozent auf nur mehr 16,73 % vor. Bayern fordert die EU-Kommission auf, die im vorgelegten Entwurf vorgesehene Methode zur Bestimmung der Regionalfördergebiete abzuändern und den herausfordernden Rahmenbedingungen anzupassen:

- Der Deutschland zustehende Gebietsplafond für Regionalfördergebiete sollte gegenüber dem Vorschlag der Kommission deutlich erhöht werden. Andernfalls fehlt der nötige regionalpolitische Handlungsspielraum, um das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse zu adressieren, den räumlichen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie zu begegnen und übermäßige Verzerrungen bei den Standortbedingungen zwischen Grenzregionen benachbarter Mitgliedstaaten zu vermeiden.
- Die Größe des Fördergebietsplafonds eines Mitgliedstaats für nicht prädefinierte C-Fördergebiete muss sich an der Bekämpfung innerstaatlicher Disparitäten als eigenständigem Ziel der Regionalbeihilfen ausrichten. Er darf daher nicht lediglich „Restgröße“ der Berechnungsmethode bei der Fördergebietsaufteilung sein. Deshalb sollte es einen eigenen, ausreichend großen Gesamtplafond für diese Fördergebiete geben, der unabhängig von den Bevölkerungsanteilen für A- und prädefinierten C-Fördergebieten festgesetzt wird.
- Die Zuweisung des Bevölkerungsanteils für diese nicht prädefinierten C-Fördergebiete sollte konsequent auf Basis der innerstaatlichen Disparitäten bei Pro-Kopf-Einkommen und Arbeitslosigkeit erfolgen. Vergleiche mit dem EU-Durchschnitt dürfen hier keine Rolle spielen, da sie für den regionalpolitischen Handlungsbedarf innerhalb des jeweiligen Mitgliedstaats nicht relevant sind.
- Der Brexit führt auf Grund statistischer Effekte zu erheblichen Nachteilen für Deutschland bei der Zuteilung des C-Fördergebietsplafonds. Dies muss bei den Berechnungen kompensiert werden.
- Regionen, die an A-Fördergebiete oder prädefinierte C-Fördergebieten anderer Mitgliedstaaten angrenzen, sollten als zusätzliche Fördergebiete ausgewiesen werden, ohne Anrechnung auf den Bevölkerungsplafond. Nur so werden Verzerrungen in den Standortbedingungen gemildert, die alleine aus dem Regionalbeihilfenrecht selbst resultieren. Dies gilt umso mehr angesichts der vorgeschlagenen deutlichen Erhöhung der Fördersätze für die an Bayern grenzenden tschechischen Höchstfördergebiete.